

Bezugspreis: Vom 14.—30. Oktober 250 Millionen M. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 17. Oktober 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Sachsen und Bayern.

Was würde man wohl dazu sagen, wenn WTB. etwa folgendes veröffentlichte:

In den letzten Tagen sind über die Verhältnisse in Bayern Berichte in die Öffentlichkeit gelangt, die eine weitgehende Beunruhigung hervorgerufen haben.

Was würde man dazu sagen? In allen entschieden republikanisch gesinnten Kreisen, besonders auch Bayerns, würde man dazu „Bravo!“ rufen.

So würden alle republikanisch Gesinnten sagen, wenn WTB. usw. Tatsächlich meldet WTB. aber etwas anderes, nämlich folgendes:

In den letzten Tagen sind über die Verhältnisse in Sachsen Berichte in die Öffentlichkeit gelangt, die eine weitgehende Beunruhigung hervorgerufen haben.

Wiso, nicht Bayern, sondern Sachsen! Nichts liegt uns ferner, als zu verlangen, daß die Reichsgewalt vor den sächsischen Landesgrenzen respektvoll haltmachen solle.

Indes lassen sich Sachsen und Bayern nicht ohne weiteres über einen Kamm scheren. Daß die Zustände in Bayern verfassungswidrig sind, ist so klar, daß ein umständlicher Beweis dafür überflüssig ist.

Zum mindesten darf man verlangen, daß klargestellt wird, was man an den sächsischen Zuständen als verfassungswidrig ansieht und worin man Abänderung fordert.

Die Frage der proletarischen Hundertschaften scheint uns kein unüberbares Hindernis einer Verständigung zu sein, zumal wenn auch gegen die bewaffneten bayerischen Kampfverbände mit Energie vorgegangen würde.

Aber sich mit München auf der Grundlage zu „verständigen“, daß Bayern tun darf, was ihm beliebt, und gegen Dresden zugleich so vorzugehen, als wollte man es auf den

schärfsten Konflikt antommen lassen — das geht nicht! Geschicht das, dann darf man sich nicht wundern, wenn in Millionen Gehirnen der Gedanke aufzuckt, daß mit zweierlei Maß gemessen wird, und daß eine bürgerlich-reaktionäre Regierung als verzogener Liebling behandelt, eine Arbeiterregierung, nur weil sie eine Arbeiterregierung ist, als Afschenputtel in die Ecke gestöhen wird.

Wir wenden uns mit diesen Betrachtungen nicht an die sozialdemokratischen Reichsminister, die solche Belehrung ganz gewiß nicht erst brauchen, sondern an die bürgerlichen Kabinettsmitglieder und darüber hinaus an alle, denen die Erhaltung des Reichsgedankens in dieser kritischen Zeit als wichtigstes politisches Erfordernis erscheint.

Der Ausnahmezustand in Sachsen.

Die Landespolizei der Staatsregierung entzogen.

Dresden, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das Wehrfreikommando IV teilt mit: Der erste Kongreß der sächsischen proletarischen Abwehrorganisationen hat trotz des Verbots der militärischen Befehlshaber stattgefunden.

Zunächst beabsichtigt der Militärbefehlshaber jedoch, in erster Linie die Landespolizei hierzu zu verwenden. Um die Zusammenarbeit mit ihr zu gewährleisten, hat der Befehlshaber alle staatlichen und kommunalen Polizeiorgane, insbesondere die Landespolizei und die Landgendarmarie, kraft der ihm zum Schutze der Republik vom Herrn Reichspräsidenten übertragenen vollziehenden Gewalt seinem unmittelbaren Befehl unterstellt.

Es ist selbstverständlich, daß alle Polizeiorgane wie bisher ihre Obliegenheiten im täglichen Dienst weiter erfüllen. Eine Abänderung hierin, die sich durch Zusammenziehung zur Lösung besonderer Aufgaben und dergleichen notwendig machen sollte, tritt nur auf Befehl ein.

Aussprache im Landtag.

Dresden, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Dienstausschüsse des Landtags, auf deren Tagesordnung die Aussprache über die Regierungserklärung und der deutschnationaler Mißtrauensantrag stand, wurde vor überfülltem Hause mit einhalbstündiger Verspätung eröffnet.

Als zweiter Redner sprach der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Kaiter, der sich in bestigen Ausfällen, zum Teil persönlicher Art, gegen den Genossen Zeigner und das Kabinett gefiel.

Der Deutschnationaler Abg. Ebert bezeichnet die Regierungserklärung als eine innere Unwahrheit.

In der Neubildung des Kabinetts steht er einem Angriff auf die Reichsverfassung.

Die Ausführungen der beiden bürgerlichen Redner wurden von der Linken durch zahlreiche Zwischenrufe unterbrochen. Dafür wurden die Ausführungen des kommunistischen Abgeordneten Sievers von den Bürgerlichen oft minutenlang durch lärmende Zwischenrufe gestört.

Als letzter Parteiredner sprach der demokratische Abgeordnete Geiffert, der sich mit einem gleichsam entschuldigenden Angriff gegen die Deutschnationalen, im übrigen aber gegen das neue Kabinett und links wandte.

Hierauf griff Ministerpräsident Zeigner das Wort und zerpfückte die Einwände und Angriffe der Oppositionsparteien. Es sei richtig, daß die Machtmittel des Staates verfort hoben; die Machtmittel des Staates sind Militär und Beamtenapparat.

Die Sitzung wird auf Mittwoch vertagt.

WTB. teilt über die Rede des Ministerpräsidenten Zeigner noch folgende Einzelheiten mit: Ministerpräsident Dr. Zeigner wandte sich in scharfer Weise gegen die Ausführungen der drei bürgerlichen Redner.

Kein Bürgersmann als Diktator!

Die Bayerische Volkspartei fürchtet für den König.

München, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Bayerische Volkspartei trägt ein gerüttelt Maß von Schuld, wenn von München und Bayern aus der Parlamentarismus seit Jahr und Tag diskreditiert wurde.

Freien wäre. Für einen solchen Diktator, der in vollkommener Abhängigkeit stünde, von einer unverantwortlichen Verein- und Verbandspolitik, dankt das bayerische Volk. Bei aller Respektierung der großen idealen Ziele der „Vaterländischen Verbände“ muß man, wenn man ehrlich sein will, feststellen, daß sie nach allem, was sie bisher politisch geleistet haben, nicht den einzigen und ausschlaggebenden Untergrund und Rückhalt für die Führung der Staatspolitik abgeben können. Es ist eine vollkommen falsche Auslegung in unserem Volk gegen das derzeitige parlamentarische System herrschenden Stimmung, wenn man meint, das Volk wäre jedem Mitbestimmungsrecht im Staate in Form einer Volkswahl mündig. Gerade das legitimistisch und monarchistisch gefasste Volk in Bayern könnte auf die Dauer keinen Bärgermann als Diktator vertragen, der über viel größere Macht verfügen würde als einst der König, der in den Schranken der Verfassung an den in der Volkswahl repräsentierten Willen des Volkes gebunden war, obwohl er von Gottes Gnade war.“

Die Kommunistenverfolgungen.

München, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der bayerische Generallandschaftskommissar verbietet durch einen Erlaß jede kommunistische Propaganda unter der Jugend. Kommunistische Jugendorganisationen werden aufgelöst und den Schülern aller öffentlichen und privaten Lehranstalten ist die Teilnahme an kommunistischen Vereinigungen und Veranstaltungen verboten, also an Dingen, die es in Bayern seit langem kaum mehr irgendwo geben dürfte. Ebenso verboten ist jede kommunistische Werbetätigkeit in den Schulen und gegenüber Schülern. Zu- und Verhandlungen werden mit Gefängnis- und Geldstrafen in unbeschränkter Höhe belegt. Dieselbe Strafe trifft auch Eltern und andere Erziehungsberechtigte, die wissenschaftlich bulden, daß ihre Kinder oder Pflegebefohlenen solchen verbotenen Vereinen angehören!

Das Koalitionskabinett in Thüringen.

Justiz und Wirtschaft unter kommunistischer Leitung.

Weimar, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen über die Regierungsbildung zwischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten führten auch über die Besetzung des Ministeriums am Dienstagvormittag zu folgender Vereinbarung: Das Wirtschaftsministerium erhält der Kommunist Teuner. Das Ministerium des Innern behält der Genosse Hermann, ebenso bleibt das Finanzministerium unter Aufsicht des Genossen Hortmann. Auch das Volksbildungsministerium wird weiterhin von der Sozialdemokratie durch den Genossen Grell verwaltet. Dagegen erhält das Justizministerium der Kommunist Dr. Korsch. Genosse Dr. Rittwegert scheidet aus. Der Vorsitz des Ministeriums soll zu einem Ministerium des Äußereren erweitert und weiterhin von dem bisherigen thüringischen Ministerpräsidenten Genossen Fröhlich geführt werden.

Von den drei Staatsräten, die als Vertreter früherer Gebietsteile dem Kabinett angehören, soll einer durch einen Kommunisten ersetzt werden.

Der thüringische Landtag trat am Dienstagnachmittag zur Wahl des Ministeriums zusammen. Infolge neuer Schwierigkeiten, die die Kommunisten in bezug auf das Regierungsprogramm machten, mußten die Verhandlungen jedoch vertagt werden, um Klarheit über die kommunistischen Forderungen zu schaffen. Der Landtag trat deshalb erst gegen 8 Uhr zur Wahl des Ministeriums zusammen und wählte gegen die bürgerlichen Stimmen das Kabinett entsprechend den Vereinbarungen zwischen der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei.

Der hannoversche Provinzialausschuß hat am Dienstag mit 7 gegen 6 Stimmen beschlossen, gegen die Ernennung des bisherigen Ministerialrats Dr. Krüger zum Regierungspräsidenten für den Regierungsbezirk Lüneburg — er verwaltet den Posten seit längerer Zeit kommissarisch — keine Bedenken zu erheben.

Stilkunst und Persönlichkeit.

Zur Ausstellung der Akademie.

Auf einer graphischen Ausstellung, die, wie es in der Akademie der Fall ist, alle künstlerischen Richtungen vereinigt, werden die Vertreter des Alten gegenüber den Modernen immer im Nachteil sein. Die Griffkunst der Impressionisten ist eine Art graphischer Kammermusik, deren Reize nur intimer Betrachtung sich erschließen. Die der Neuen, der Expressionisten, ist durchaus auf Fernwirkung eingestellt. Das Vorherrschende weniger, ausdrucksstärker Linien macht, daß sie auch in großen Räumen zur Geltung kommt. Kleine expressionistische Blätter können oft eine ausgedehnte Wandfläche beherrschen. Die impressionistische Graphik will nicht Wanddecorieren, sondern in die Hand genommen werden. Das gilt von Liebermanns kleinen Kostbarkeiten — Porträts, Szenen, Landschaftsbildern —, die im Saal 8 vereinigt sind, und noch mehr von den Arbeiten Sienogis (11), deren Stärke meist im geistreichen Detail liegt und deren Gesamteindruck zuweilen zerflattert.

Der Expressionismus ist im Saal 1 durch drei stärkste Persönlichkeiten, Kolschka, Schmidt-Rottluff und Beckstein, mit glänzenden Arbeiten vertreten. Bei Kolschka geht die Entwicklung immer deutlicher auf die große Linie hinaus. Aber es scheint mir, daß mit dem Schwanden der Nuancen auch die Fülle des geistigen Gehalts einschrumpft, und ich weiß nicht, ob die sieghafte Kraft der Waktatwirkung den Zauber der leise anklingenden, zitternden, schwankenden, verschwimmenden Halböne aufwiegt, die seine älteren Arbeiten uns wertvoll machen. Dem Stil Schmidt-Rottluffs fügt sich die suggestivste Raffigkeit architektonisch geräumter Flächen ungewohnter ein. Dieser Stil ist monumental im reinsten Sinn. Man könnte sich solche Einrichtungsformen in größtem Format und etwa in Sgraffito ausgeführt, als Wandgemälde für Innenräume und Fassaden vorstellen. Beckstein gibt — wie Kolschka, aber mit anderen persönlichen Mitteln — visionär geahnte Wirklichkeit. Das Tiefste des Natureindrucks ist mit dem Glanz eines gewaltigen Temperaments gestaltet.

Gegenüber diesen großen Vertretern der neuen Richtung erscheint Ludwig v. Hasemann (2), bei allem ehrlichen Streben nach Stil, matt, weichlich, schönfärbisch. Stillierungskünste dieser Art sind uns heute nur dann genießbar, wenn sie sich in beschreibenden Gewand des rein Dekorativen oder der Illustration geben. Darum wirken die Blätter von Alfred Thon (Illustrationen zu Haus und Andersen, Zimmer 6), die talent- und geschmackvollen Wiedererzählungen von Klaus Richter (5) und Erich Simon (6) und Eddy Smiths Alptrudphantasen (6) eher und reiner. Bei Wilhelm Desterle (10) liegen die Dinge etwas anders. Seine Linien haben einen Stil, der nicht an fremde Vorbilder anknüpft und dessen Eigenart mehr ist als eine äußerliche Note. Es wirken, namentlich in den Konturen, durch ein ihnen innewohnendes selbständiges Leben, das von der Natur des dargestellten Gegenstandes unabhängig ist. Darin aber liegt der Reiz der neuen Stilkunst. Diesen äußerlich beschreibenden, oft unscheinbaren, aber von innerer Kraft strotzenden Blättern fehlt zur Monumentalität nichts als das große Format.

Zur Einführung der Rentenmark.

Die Verordnung über die Errichtung der deutschen Rentenbank liegt jetzt im vollen Wortlaut vor. Sie ist mit dem gestrigen Tage in Kraft getreten. Aus den Bestimmungen, die wir in großen Zügen bereits gewürdigt haben, sind noch diejenigen über die Verteilung des Reingewinnes von Interesse. Die deutsche Rentenbank hat einen hohen Reingewinn zu erwarten, da sämtliche in ihrem Gewahrsam befindlichen Rentenbriefe, also auch die nicht in den Verkehr stehenden, die als Deckung für die Rentenmark dienen, von den Erwerbsständen verzinst werden. Für das umlaufende Geld braucht sie aber keine Zinsen aufzuwenden. Weitere Gewinne erwachsen ihr aus dem Darlehen, das sie in Höhe von 900 Millionen Mark mit sechs Prozent verzinslich an das Reich gibt, und aus ihren mit der Reichsbank abzuschließenden Kreditgeschäften. Von dem Reingewinn wird nun zunächst ein Betrag von 40 Proz. und nach Tilgung des dem Reiches zinslos zu gewährenden Darlehens von 300 Millionen Mark ein solcher von 30 Proz. einem Tilgungskonto zugeführt. Dann wird bis zur Höhe von 6 Proz. Dividende den Anteilseignern zugewendet und der Rest zur Verstärkung des Tilgungskontos verwendet. Man rechnet damit, daß die Höchstdividende von 6 Proz. sehr bald erreicht sein wird. In diesem Falle haben die Erwerbsstände also tatsächlich aus ihrer Wirtschaft für die Währung nicht die geringsten Kosten zu erwarten! Es kam also keine Rede davon, daß hier eine besondere steuerliche Belastung vorliegt.

In der Tat haben sich auch die Interessenten offenbar mit der neuen Währung bereits recht gut abgefunden, vielleicht besser, als es im Interesse eines festen Kurses für die Rentenmark wünschenswert wäre. Herr Hilger-Spiegelberg, der Vorsitzende des Reichslandbundes und Mitglied des Verwaltungsrates, kommt nach einer Würdigung des Währungsplanes zu folgendem Ergebnis:

„Ein Gutes wird die Rentenmark für die Landwirtschaft haben: wenn sie nämlich erst allgemein als Wertmesser gilt, dann wird auch der Städter erkennen, daß der Landwirt mit seinen Preisen weit hinter allen anderen Preisen zurückgeblieben ist, daß er für Roggen nur etwa zwei Drittel des Goldmarktpreises, für Kartoffeln nur etwa die Hälfte erhält, und dadurch wird die Rentenmark endlich einmal der Hege gegen die Landwirtschaft einen energischen Damm entgegenstellen.“

Abgesehen davon, daß die Feststellungen Hillgers, soweit man die Preise der Landwirtschaft nach den Notierungen der Produktionsbörse beurteilen kann, nicht ganz richtig sind, eröffnet in der Tat die Einführung einer festen Währung die Möglichkeit, auch einmal die Lage der Arbeiterschaft kritisch zu würdigen. Wenn die Arbeiter heute den Lohn in Rentenmark erhalten würden, oder wenn man ihn in Goldmark nach dem Zahlungstage umrechnen wollte, so würde sich bald ergeben, daß die breiten Bevölkerungsmassen außerstande sind, selbst die nach der Meinung der Landwirte zu niedrigen Preise für Roggen und Kartoffeln zu zahlen! Für die Schenden bedurfte es dieses Beweises nicht. Das und der Lebensmittelmangel sind die Ursachen der zahlreichen Teuerungsbewegungen. Aber gerade in der Landwirtschaft ist es gute Sitte geworden, die Lage der industriellen Arbeiterschaft als viel günstiger hinzustellen, als sie wirklich ist, und daher datiert die Hege der Landbändler gegen die Stadt, von der man auch endlich auf dieser Seite abrücken sollte!

Im übrigen leiden die Uebergangsvorschriften bei dem neuen Währungsprojekt darunter, daß sie der Arbeiterschaft ein Anrecht auf wertbeständiges Geld nicht geben. Das gilt insbesondere für das provisorische Geld, das in Form der Goldanleihe geschaffen werden soll. Welcher Arbeiter erhält heute einen Lohn, der es ihm ermöglichen würde, auch nur einige Tage den Wert eines Dollars — so groß ist heute das kleinste Stück der Goldanleihe — zurückzubehalten? Auch im Interesse der Arbeiterschaft muß die

vom Deutschen Industrie- und Handelstag aufgestellte Forderung, man solle die Goldanleihe, wenn sie als Geld dienen soll, in kleineren Stücken ausgeben, und zwar müßten diese Stücke nach unserer Meinung mindestens bis auf ein Zehntel Dollar heruntergehen. Ein Zehntel Dollar beträgt ja auch die Sparmark der Sparkassen und die für den Goldrechnungverkehr der Reichsbank eingeführte Kontomark. Wenn man ernsthaft das Vertrauen der Arbeiterschaft in neuen Währungsmaßnahmen wecken will, so muß man sie auch endlich davon befreien, auf den Bittel der Papiermark-milliarden angewiesen zu sein, und ihr die Möglichkeit geben, mit kleinen, bestimmten Werteinheiten zu rechnen.

Die Umstellung der Brotversorgung.

Beihilfe für Bedürftige. — Reserve 2/3, statt 1 Mill. Tonnen

Amlich wird gemeldet: Die Umstellung der Verhältnisse in Verbindung mit einer stark verspäteten Ernte hat die Reichsregierung veranlaßt, den gefehenden Körperschaften den Entwurf eines Ergänzungsgesetzes vorzulegen, worin stärkere Garantien für die Brotversorgung enthalten sind. Da der Reichstag mit der Vorlage nicht mehr befaßt werden konnte, ist sie heute als Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen worden.

Diese Verordnung zur Ergänzung des Gesetzes zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahre 1923/24 sieht eine Verstärkung der von der Reichsgetreidestelle zu erwerbenden Brotgetreidemenge von 1 auf 2 2/3 Millionen Tonnen vor. Alle Bedarfsgemeinschaften können beantragen, daß an Mühlen, die sie bestimmen, von der Reichsgetreidestelle Getreide zum Tagespreis bis zu drei Viertel der bisherigen Ration geliefert wird. Im Sinn dieser Bestimmungen ist rechtzeitig Vorbehalte dahin getroffen worden, daß in alle Kommunalverbände, bei denen Schwierigkeiten beim Uebergang in die freie Wirtschaft zu befürchten waren, ausreichende Mengen Getreide durch die Reichsgetreidestelle geliefert werden. Von den Mühlen soll das Getreide auf dem normalen Wege über den Bäcker in den Konsum gelangen. Die Kommunalverbände können die Verwendung des Getreides zur Versorgung der Bevölkerung ihres Bezirkes überwachen. Es ist anzunehmen, daß auf diese Weise die Brotversorgung sich ohne Uebergangsschwierigkeiten abwickeln wird. Für die besetzten Gebiete ist darüber hinaus die Fortführung der Markenbrotversorgung ermöglicht worden.

Bekanntlich ist das Markenbrot, obwohl sein Preis in letzter Zeit wiederholt heraufgesetzt werden mußte, billiger gewesen als das marktfreie Brot. Die Spanne zwischen dem Preise für das freie Brot und für das Markenbrot ist gerade in den letzten zwei Wochen besonders groß geworden, weil die Marktwertung und damit die Steigerung der Getreidepreise täglich sprunghaft vor sich ging. Am den Uebergang zu erleichtern, sind in Ausführung des Gesetzes vom 23. Juni 1923 für die bedürftigen kinderreichen Familien besondere Geldmittel zur Verfügung gestellt worden. Auch werden, wie bereits in der Presse mitgeteilt worden ist, die Bezüge der Sozial- und Kleinrentner, der Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen sowie der Erwerbslosen alsbald in Anpassung an die Teuerung erhöht.

Die Aufbringung der Getreidereserve durch die Reichsgetreidestelle hat sich bisher in befriedigender Weise vollzogen. Es ist zu hoffen, daß es gelingen wird, auch die erhöhte Reserve durch Aufkauf zu beschaffen. Dabei wird das Augenmerk der Regierung darauf gerichtet sein, nach Möglichkeit auch Getreide aus dem Ausland für die Zwecke der Reserve herbeizuschaffen. Von der Ausnahme einer Vorfrist, wonach bei eintretenden Schwierigkeiten für die Aufbringung der Reserve auf das Umlageverfahren zurückgegriffen wird, ist abgesehen worden, da die Regierung überzeugt ist, daß die Landwirtschaft sie wie bisher in der Aufbringung der Reserve unterstützen wird, so daß Zwangsmaßnahmen nicht erforderlich werden. Sollte wider Erwarten die Aufbringung im freien Verkehr nicht möglich sein, so wird die Regierung nicht zögern, die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen, um die Reserve zu sichern.

Der Impressionismus konnte trotz heissen Bemühens den großen Stil nicht finden. Seine „Künste“ mußten sich schließlich damit begnügen, das von ihm eroberte jungfräuliche Reich — Augenbild und Freilicht — mit Renaissance- oder Barockformen gärtnerisch zu kultivieren. Der Impressionismus unserer Tage hat, ohne danach zu suchen, den einheitlichen Stil aus dem Geist der Zeit geschaffen. Die Künstler der Uebergangsrichtung, die zwischen dem Alten und dem Neuen sich hingibt, ersehen den Stil meist durch die persönliche Handschrift, oder — wo die Persönlichkeit fehlt — durch äußere Ramee und Masterrade.

Eine Persönlichkeit im höchsten menschlichen und künstlerischen Sinn ist Käthe Kollwitz. Jeder Strich ihrer Graphik trägt den lebendigen Stempel individueller Eigenart. Ihr Schaffen blieb von Richtungen und Strömungen unberührt, oder richtiger: es vereinigt die Strömungen in sich. Und zwar nicht, weil es bewußt effektiv wäre, sondern weil es dem Urgrunde eines umfassenden Genies entspringt, das alle Reize und Möglichkeiten künstlerischen Gestaltens in sich birgt. Ich habe von der Größe dieser Künstlerin nie einen so überwältigend starken Eindruck gehabt wie angefangen der kleinen Kollektivausstellung, die hier im Zimmer 4 vereinigt ist. Die sieben Blätter der Serie „Krieg“ werden vielleicht einmal als das gewaltigste künstlerische Denkmal unserer Zeit gewertet werden. Schmerz, Grauen, Entsetzen, Todesangst, stummtes Flehen, hoffnungsloses Zusammenbrechen — die ganze Skala der Gefühle und Stimmungen dieser furchtbaren Jahre findet sich hier in wenigen wichtigen Linienrhythmen gefaßt, mit erschütterndem Pathos gestaltet. Und dieses Pathos hat selbst in der höchsten Steigerung nie eine Spur von Pose oder Theatralität. Alles ist schlicht, ehrlich, wahrhaft, tiefst aus dem innersten Grunde menschlichen Leidens geboren, von einer Mutter, der der Krieg selbst die schwerste Wunde schlug und die ihr persönliches Leid zum allumfassenden Mitleiden zu erheben und als Künstlerin in einem Kunstwerk von Ewigkeitswert zu verklären vermochte. Dieses Werk unserer Käthe Kollwitz bedeutet einen Gipfelpunkt im Schaffen unserer Zeit und es stellt sich den erhabenen Meisterwerken aller Zeiten ebenbürtig zur Seite.

Schon allein um den unerhörten Eindruck dieser Meisterwerk auf sich wirken zu lassen, ist ein Besuch der Ausstellung lohnend.

John Schittowski.

Abschiedsgruß des „Wahren Jacob“.

Der „Wahre Jacob“, der fast 40 Jahre als sozialdemokratisches Wochenblatt bestanden hat und eine Zeitlang das verbreitetste Wochenblatt der Welt gewesen ist, verabschiedet sich in der am 12. Oktober erschienenen Nummer von seinen Lesern mit den folgenden Zeilen:

Dies ist des „Jacobs“ letzte Nummer!
Er starb an letztem Staatsanwalt;
Es macht kein Paragraf ihn kalt —
Er legte sich zum Winterquartier,
Bedrängt vom Wucherergetob,
Erdrosselt von der Zeiten Not.

Er hat euch 40 Jahre lang
Mit monchem frohen Beischenslog
Erhell den dunklen Arbeitstag —
Nun liegt er selber auf der Bahre:
Er legt sein letztes buntes Ei ...
Dann kommt der Zeitungstod herbei ...

Mit letztem Drohen, letztem Wachen
Bleibt er auf seinem letzten Pfad
Noch euer froher Kamerad —
Was gilt? Er wird auch mal erwachen
Und melde sich mit frischem Ton:
Auf Wiederseh'n!!! Die Redaktion.

Die in der letzten Strophe ausgesprochene Hoffnung wird durch eine Mitteilung des Verlags bekräftigt, der eine umgestaltete neue Zeitschrift als Fortsetzung des „Wahren Jacob“ herauszugeben verheißt, sobald es die wirtschaftlichen Verhältnisse ermöglichen.

Das Vorankündigen von Erdbeben. Wie sehr nachträglich bekannt wird, soll der japanische Professor Omori, das Haupt der dortigen Erdbebenforschung, das letzte große verheerende Unglück bereits ein Jahr vorher angekündigt haben. Im März 1922 teilte er mit, daß während der nächsten sechs Jahre ein großes Erdbeben zu erwarten stehe. Die Prophezeiung beruht auf der Zahl und der Stärke der Beben in den vorausgehenden Jahren. Es ist eine lange bestätigte Erfahrung, daß, wenn oft hintereinander Erdbeben eintreten, keine starken Erdbeben zu erwarten sind; daß aber, wenn längere Zeit schwache Beben sich über längere Perioden verteilen, gewissermaßen die Kräfte für ein späteres starkes Beben sich ansammeln und addieren. Die letzten Jahre hatten nur wenige und schwache Erdschütterungen in Japan aufzuweisen gehabt, und daraus leitete Professor Omori die Wahrscheinlichkeit eines kommenden starken Erdbebens ab. Unterstützt diese Erwartung noch durch besondere Beobachtungen, die den Zusammenhang zwischen starken Regengüssen im Norden des Landes mit dem Erdbeben zum Gegenstande hatten. Starke Regengüsse in dieser Region sind gewöhnlich Vorboden heftiger Erdschütterungen. Wenn auch die Grundursache am Erdbeben natürlich in Vorgängen beruht, die sich tief im Innern der Erdkruste abspielen, so wirken doch die barometrischen Verhältnisse in der Luft, sowie vor allem auch der auf dem Meere lastende Druck als auslösende Momente mit. Es wird behauptet, daß Professor Omori im Jahre 1906, kurz nach dem großen Erdbeben in San Francisco und Kollifornien, erklärt habe, daß demnächst ein großes Erdbeben in Südamerika zu erwarten stehe, und daß er mit dieser Prophezeiung recht bediekt; aber wir vermessen noch die exakten wissenschaftlichen Grundlagen für diese Vorherlagen.

Am 3. Konzert der Volkshalle am Sonntag, den 21. mittags 1/2 Uhr, im Theater am Salowplatz wird Philipp Jarnach's Streichquintett Opus 10 durch das Habemann-Quartett unter Mitwirkung von Karl Glaser zur Aufführung gelangen.

Die Akademie für Kirchen- und Schulmusik wird die für sie im Charlottenburger Schloß eingerichteten Räume in diesem Monat beziehen und ihren Unterricht mit dem Winterhalbjahr beginnen.

Forderungen der Beamten.

Als Auftakt zu der am 17. Oktober stattfindenden gemeinsamen Tagung der Ausschüsse des ADGB, der AFD und des ADL fand bereits am 16. die zweite Ausschusstagung des ADGB statt, die sich mit den aktuellen Beamtenfragen befaßte. Einstimmig gelangten folgende Entschlüsse zur Annahme:

1. Arbeitszeit.

In den Verhandlungen der Parteien ist ausdrücklich die Regelung der Arbeitszeit aus dem Ermächtigungsgesetz herausgelassen und der Beschlußfassung vorbehalten worden. Trotzdem vertritt die Reichsregierung, die Neuregelung der Arbeitszeit für die Beamten auf dem Verordnungswege durchzuführen, ehe der Reichstag zu dem Arbeitszeitgesetz Stellung genommen hat. Dieses Vorgehen ist um so bedenklicher, als das Arbeitszeitkompromiß, wonach eine Neuregelung der Arbeitszeit unter grundsätzlicher Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit erfolgen soll, so vieldenkig ist, daß erst durch die weiteren Verhandlungen über das Gesetz im Reichstag Klarheit über die Auslegung dieser Formel geschaffen werden muß. Wird durch die Neuregelung der Arbeitszeit der Beamten in den Behörden und öffentlichen Betrieben der Achtstundentag auf dem Verordnungswege aufgehoben, so wird der Reichstag bei seinen Beratungen über das allgemeine Arbeitszeitgesetz bereits vor vollzogener Tatsache gestellt.

Gegen diese Absicht der Reichsregierung erhebt der Bundesauschuß des ADGB schärfsten Protest und erklärt, daß sich der ADGB mit seiner ganzen Kraft für die Aufrechterhaltung des Achtstundentages einsetzen und nicht einwilligen wird, daß eine schlechtere Behandlung der Beamenschaft gegenüber anderen Volksschichten erfolgt. Er fordert, daß auch die Arbeitszeit der Beamten im Rahmen des Arbeitszeitgesetzes geregelt wird.

2. Beamtenabbau.

Der Artikel 129 der Reichsverfassung verspricht den Beamten eine Anstellung auf Lebenszeit und die Unverletzlichkeit dieser wohlverordneten Rechte. Der ADGB kann daher der zwangsweisen Entlassung von Beamten seine Zustimmung nicht geben und lehnt den bekanntgewordenen Regierungsentwurf für ein Gesetz über die Verminderung des Beamtenkörpers ab.

Der ADGB ist davon überzeugt, daß die beabsichtigte Herabführung einer Gesundung des Staatshaushalts nicht durch den willkürlichen Abbau des Beamtenkörpers erreicht werden kann, sondern nur durch die Umgestaltung der bürokratischen Behördenorganisationen und Betriebsverwaltungen in einer nach wirtschaftlichen Grundsätzen geleiteten Organisation, die die Möglichkeit einer zweckmäßigen Ausnutzung von Material und Kräften gibt.

Der Bundesauschuß des ADGB stellt fest, daß der bekanntgewordene Entwurf des Beamtenabbaugesetzes diese wichtigsten Grundsätze außer Acht läßt und nichts weiter bedeutet als ein willkommenes Instrument zur Beseitigung aller mifflüssigen Beamten aus der Verwaltung. Er stellt sich hinter die vom Bundesvorstand bekanntgegebenen Grundsätze und beauftragt den Vorstand, in diesem Sinne zu wirken.

3. Befoldung.

Trotz des Wertbeständigkeitsabkommens ist der reale Wert der Beamtengelder tiefer denn je gesunken. Für den weitaus größten Teil der unteren und mittleren Befoldungsgruppen angehörenden Beamten sind dadurch unerträgliche Lebensbedingungen geschaffen. Gegenüber den nach Goldmark errechneten Preisen für alle Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände bleiben die in Papiermark erfolgten Gehaltszahlungen besonders für die Angehörigen der unteren Befoldungsgruppen weit zurück. Große Teile der Beamtenschaft stehen vor der Tatsache, daß sie nicht in der Lage sind, den notwendigen Wintervorrat an Kartoffeln und Brennmaterialien zu erwerben. Diesem Zustand muß von den verantwortlichen Instanzen ein schleuniges Ende bereitet werden, bevor die Beamtenschaft zur Verzweiflung getrieben wird.

Neben der Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels auch für die Gehalts- und Lohnempfänger muß sofort eine den sozialen Notwendigkeiten Rechnung tragende Gehaltsaufwertung Platz greifen. Der Bundesauschuß des ADGB beauftragt daher den Bundesvorstand, allen Ergebnissen künftiger Teuerungserhebungen seine Zustimmung ganz zu verweigern, wenn nicht den Beamten der untersten Befoldungsgruppen eine der Teuerung entsprechende Aufwertung zugebilligt wird. Er ist der Auffassung, daß, falls die Mittel des Reiches nicht ausreichen, in erster Linie an den Gehältern der oberen Befoldungsgruppen gespart werden muß. Er gibt dem Bundesvorstand alle Vollmachten zur Ergreifung von Maßnahmen, die zur Erfüllung dieser Forderung dienen können.

Wiederaufnahme der Sachlieferungen?

Poincaré empfängt heute Hoersch.

Paris, 16. Oktober. (WZ.) Wie die „Agence Havas“ berichtet, wird der Ministerpräsident Poincaré morgen mittag den deutschen Geschäftsträger von Hoersch empfangen.

Ueber den Zweck dieser Unterredung unterrichtet nachstehende Meldung der „Agence Havas“:

Paris, 15. Oktober. (Eca.) Eine Anzahl französischer Blätter hat heute die Nachricht verbreitet, daß ein neuer deutscher Schlichter bei der französischen und belgischen Regierung in der Frage der Wiederaufnahme der Sachlieferungen bevorzugen soll. Von unterzeichneter Seite erklärt der Korrespondent der „Agence Havas“, daß diese Nachricht den Tatsachen entspricht. Die Demarche wird durch den deutschen Geschäftsträger erfolgen.

Keine Fortsetzung des passiven Widerstandes.

Berlin, 16. Oktober. (WZ.) Die von Havas verbreitete Nachricht, daß der Reichsverkehrsminister die Fortsetzung des passiven Widerstandes im besetzten Gebiet durch die Eisenbahner angeordnet habe, ist un wahr. Der Reichsverkehrsminister hat im Gegenteil unter dem 13. Oktober 1923 die bekannte allgemeine Aufforderung an die Eisenbahner des besetzten Gebietes gerichtet, sich vom 17. Oktober ab der französisch-belgischen Regie zur Verfügung zu stellen.

Ein Reparationsplan des General Smuts.

London, 16. Oktober. (WZ.) Der „Daily Telegraph“ behauptet, daß der Reparationsplan des südafrikanischen Generals Smuts auf folgenden zwei wichtigen Punkten beruhe: 1. Finanzielle Wiederherstellung Deutschlands, ähnlich wie in Oesterreich, und zwar unter Leitung des ständigen Finanzausschusses des Völkerbundes; 2. Die Einrichtung einer neutralen Zone am Rhein, die entmilitarisiert sein müsse und unter dem Schutz des Völkerbundes stünde, ohne daß jedoch die gegenwärtige politische Lage des Landes und seine administrativen

Bewerkschaften und Parteien.

Einigungsverhandlungen in Berlin.

Die SPD-Betriebsvertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre nahmen gestern abend in überfüllter Versammlung den Bericht von den Einigungsverhandlungen zwischen den drei Arbeiterparteien entgegen. Der erste Redner, Dr. Mann, führte aus: Die örtlichen Instanzen der RPD sind Anfang Oktober an die Gewerkschaftskommission herantreten mit dem Ersuchen, mit ihnen in Verhandlungen zu treten, um eine gemeinsame Kampfbasis gegenüber der immer stärker werdenden Reaktion zu finden. Verhandlungsmateriale sollte ein von der RPD schriftlich vorgelegtes Aktionsprogramm bilden. In diesem waren folgende Forderungen formuliert: Aufhebung des Belagerungszustandes, Niederwerfung des Faschismus, Verteidigung des Achtstundentages und anderer Arbeiterrechte.

gemeinsame Aktionsausschüsse.

politischer Massenstreik, solange bis eine Regierung gebildet sei, die Gewähr bietet, die ausgestellten Forderungen durchzuführen. Ein Hauptaktionsauschuß sollte je drei Vertreter der Parteien, der Gewerkschaftskommission und des ADL-Bundes umfassen.

In den am Freitag und Sonnabend abgehaltenen Besprechungen, an denen auch Vertreter des Beamtenbundes teilnahmen, wurde lange hin und her beraten. Eine Verpflichtung, die Verfassung anzuerkennen, lehnten die Kommunisten ab, mit dem Hinweis auf die bayerischen Zustände. Von den Abgeordneten der USPD wurde gewünscht, die Unorganisierten der Betriebe zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, da auch sie an eventuellen Kämpfen beteiligt sein werden. Die USPD-Vertreter forderten weiterhin von den ziemlich großspurig auftretenden Kommunisten die Anerkennung der Verpflichtung, im gegenseitigen Zusammenarbeiten wenigstens Bedingungen anzuerkennen, wie sie in Hamburg von beiden Seiten ohne weiteres anerkannt wurden. Auch das lehnten die Kommunisten ab. Ein schriftlich formulierter Gegenvorschlag der SPD fand deswegen nicht die Zustimmung der RPD, weil sie in ihm die präzise Festlegung der im Kampfe gegen die Reaktion anzuwendenden Kampfmittel vermied. Unser Hinweis darauf, daß man dem Gegner nicht auf offenem Markte Position und Taktik zeigt, fand Verständnislosigkeit. Besonders die Zusammenfassung und Beherrschung der Betriebsräte war ein stark umstrittener Punkt. Die Kommunisten konnten sich nicht damit einverstanden erklären, die Betriebsräte als Instrument der Gewerkschaften

anzuerkennen. Den Betriebsräten Gelegenheit zu geben, sich wirtschaftliche Kenntnisse zu erwerben, hielten sie für überflüssig; ihre Verwendung im politischen Kampf sei dringend notwendig.

Dr. Mann stellte zum Schluß seines Berichtes fest, daß zwischen SPD und USPD in allen Punkten Einstimmigkeit herrsche, daß aber die letzte Verhandlung hauptsächlich an dem Starren der RPD in bezug auf die Kompetenzen der Gewerkschaften scheiterte.

Der zweite Berichterstatter, Genosse Flatau, sagte die Verhandlungsergebnisse zusammen und erklärte: Die Meinung der Kommunisten, durch geeignete Maßnahmen eine

Generalkonferenz

schaffen zu können, ist falsch. Ein künstlich hochgepöppelter Generalkonferenz ist schon vor seinem Beginn verloren. Die Betriebsräte sind für uns unter keinen Umständen reine Parteinstellungen, ebenso wie die politischen Parteien sich einer Einmischung in die Gehalts- und Lohnpolitik der Gewerkschaften zu enthalten haben. Wir lehnen weiter auch die Neubildung von Betriebsaktionsaus-

schüssen ab, da in unseren Betriebsvertrauensleuten und Betriebsräten proletarische Kampforganisationen vorhanden sind. Flatau ist wegen des endgültigen Verhandlungsergebnisses sehr pessimistisch. Sollte die von uns allen sehr heißhergebeugene Arbeitsgemeinschaft zwischen den Parteien scheitern, so wird der in den nächsten Tagen zustande kommende Aktionsauschuß der Spitzen-Gewerkschaften auch ohne die RPD das zu tun wissen, was die Situation erfordert.

In der Diskussion sprachen die Genossen Krüger, Kurt Rosenfeld, Petersen und Hellwig. Alle bedauerten das magere Ergebnis der Verhandlungen; besonders Dr. Rosenfeld war der Ansicht, daß es unter Aufrechterhaltung unserer politischen und organisatorischen Selbständigkeit möglich sein müßte, eine Einigung herbeizuführen.

Dr. Mann führte in seinem Schlußwort einige Einwendungen der Debatteerredner auf das notwendige Maß zurück. Man solle nicht nur immer nach Kampf rufen, sondern wenn er da ist, auch in erster Front stehen. Nachstehende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

„Die Konferenz der Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre der SPD erklärt angesichts der Gefahren, die dem Proletariat drohen, daß eine Verständigung der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen über die zur Verteidigung der Republik und der sozialen Rechte des Proletariats zu ergreifenden Maßnahmen eine unbedingte Notwendigkeit ist. Die Konferenz ersucht die Genossen, welche die Verhandlungen mit den anderen proletarischen Organisationen führen, weiter alles daranzusetzen, damit schleunigst eine Einheitsfront der Arbeiter-, Beamten- und Angestelltenorganisationen zustande kommt.“

Der erwähnte Vorschlag der SPD-Genossen hat folgenden Wortlaut:

Richtlinien

für die Gemeinschaftsarbeit der proletarischen Parteien.

I. Niederwerfung des Faschismus, Verteidigung des Achtstundentages und der anderen Grundrechte der Arbeiterklasse, Schutz der Republik und ihrer Verfassung gegen jeden Angriff der Reaktion und die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiterklasse. Dieser Kampf ist mit allen geeigneten Mitteln zu führen.

II. Den Vorkampf um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer führen die Gewerkschaften. Die Parteien verpflichten sich, sich jeder Annäherung in die Lohn- und Gehaltspolitik der Gewerkschaften zu enthalten, soweit diese nicht gesetzliche Maßnahmen erfordert. Für das Betriebsrätewesen gilt, daß es zum Bereich der Gewerkschaften gehört.

III. Die Parteien verpflichten sich, unter Wahrung ihrer grundsätzlichen parteipolitischen Auffassung, ihre Reinigungsverschiedenheiten unter Fortfall jeder nur dem Gegner der Arbeiterklasse nützenden Geschäftigkeit auszutragen. Das gleiche gilt für alle gewerkschaftlichen Veranstaltungen, damit auch von dort aus der Weg zu einer Verständigung der Parteien im Interesse des Proletariats freigemacht wird.

IV. Es ist sofort eine örtliche proletarische Arbeitsgemeinschaft zu bilden, deren Grundlage in den Betrieben die Gewerkschaften im Benehmen mit den proletarischen Parteien sein muß.

Beziehungen zu dem unbefeheten Deutschland angetastet werden dürfen.

Danach hat der Plan des wohlmeinenden südafrikanischen Staatsmannes wenig Aussicht auf günstige Aufnahme in Paris, denn sowohl der erste wie der zweite Punkt stehen in absolutem Gegensatz zu der französischen Politik der „produktiven Pfänder“.

Dafür hat Frankreich immer Geld. Nach einer Meldung aus Sofia hat der französische Senator Berger den rumänischen Journalisten erklärt, daß seine Reisen nach Rumänien, Süd-Latwien, Polen und der Tschechoslowakei den Zweck habe, die Bedingungen einer Gesamtanleihe von 500 Mill. Francs festzustellen, die zum Ausbau der Rüstungen Verwendung finden sollte.

Wirtschaft

Die Notwendigkeit einer Reorganisation der Reichsbank

Die Neuregelung der deutschen Währung, die jetzt endlich beschlossene Tatsache ist, wird auch an die Reichsbank erhöhte Anforderungen stellen. Dieses Institut, das unter seiner bisherigen Leitung in der Abwehr der Inflation ebenso verlagert hat wie bei der Durchführung der Geldversorgung in kritischen Zeitpunkten, erhält die Aufgabe, die von der Reichsbank für Privatunternehmer bereitgestellten Kredite zu verwalten. Der innerlich morose Apparat der Zentralnotenbank, der sich schon den Problemen der nebeneinander laufenden Papiermarktwährung und der Goldrechnung kaum gewachsen zeigte, unterliegt neuerdings scharfer Kritik auch in den Reihen der Reichsbankbeamten und Angestellten. So werden wir um die Berücksichtigung nachstehender Entschlüsse ersucht:

„Die am 14. Oktober in Berlin versammelten Vertreter der gesamten Reichsbankbeamtenschaft aus dem ganzen Reich einschließlich der Reichsbankpräsidenten haben in Uebereinstimmung mit der Angestelltenchaft mit tiefer Sorgfalt vor der Tatsache, daß die Dienstorganisation und die Arbeitsverhältnisse der Reichsbank so verfahren sind, daß jede sichere Betriebsführung ausgeschlossen ist und ein plötzliches Versagen von Reichsbankanstalten an bedeutenden Wirtschaftszentren eintreten wird, wenn nicht unverzüglich die von der Beamtenschaft angeregten, wirklich zeitgemäßen Neuerungen eingeführt werden.“

So wie jetzt geht es nicht weiter! Das muß vor der breitesten Öffentlichkeit dargelegt werden, die ein großes Interesse an dieser Frage hat, da angeblich die neue Währungsbank den technischen Apparat der Reichsbank mitbenutzen soll. Wenn auch die stetig steigende Inflationswelle die Anforderungen an die Notenpresse ins Ungemessene gesteigert hat, so können die heut versammelten Beamten ihrer Reichsbankstellung den Vorwurf nicht erheben, daß mangelnde Wirtschaftlichkeit schwerste innen- und außenpolitische Vorgänge zu zeitigen beginnt. Zu einer Zeit, und zwar Ende vorigen Jahres, z. B. wo der hunderttausend- und der Einmillionenschein den Teilnehmern der Reichsbank hätte zugeführt werden müssen, hat man die Geldkeller mit Ein- und Zweimarktscheinen bis an die Decke vollgeproßt. Nach dem endlichen Erscheinen des Einmillionenscheines, der bereits am 1. April d. J. dringend benötigt wurde, aber erst am 7. April in den Verkehr gebracht werden konnte, trat die merkwürdige Erscheinung ein, daß fast alle Hilfsdruckereien für einige Zeit geschlossen wurden, weil genügend Noten-vorrat zur Stelle wäre. Inzwischen erpob sich in Wäldern, die vorhandene Notenmenge auch nicht annähernd ausreichte und daß Notgeld von Städten und sogar von Privatunternehmungen im

größten Umfange hergestellt werden mußte. Hierbei sind durch die Inflation den Ausgabestellen ungeheure ungerechtfertigte Gewinne auf Kosten der Gesamtbefolkung zugeflossen, außerdem ist aber noch die Beobachtung zu machen, daß im besetzten Rhein- und Ruhrgebiet die Zahlungsmächte rüchlichlos dieses Notgeld der Städte benutzen, um einen Vorkauf für eine eigene rheinische Währung zu schaffen.

Die Versammelten halten die vorgenannten Folgen eines mangelnden Weltbildes, der die Technik des Notendruckes ebenso wenig wie die der Dienstorganisation und der Arbeitsverhältnisse der Reichsbank zu meistern verstand, für unabsehbar und können als Praktiker, welche die ganze Schwere der Desorganisation des Reichsbankbetriebes täglich zu fühlen haben, nur immer wieder fordern:

Eine grundlegende Umstellung der leitenden Männer der Reichsbank in ihrer Auffassung über die Technik der Reichsbankorganisation ist die erste Voraussetzung für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben der Reichsbank bei der Zusammenarbeit mit der neuen Währungsbank!

Der Reichstag ist durch eine Eingabe entsprechend zu veranlassen.

Wie bekannt, hat der Reichsbankpräsident seinen Rücktritt bereits vor einiger Zeit angekündigt; er sollte erfolgen, wenn ein Nachfolger gefunden sei. Nachdem die Notenbank unter starker Beteiligung der Privatwirtschaft gegründet ist, wird die Befehung des Reichsbankpräsidentenpostens mit einem Mann aus der Praxis hoffentlich nicht mehr lange auf sich warten lassen. Wenn es aber nicht gelingen sollte, einen solchen zu finden, so ist zum allermindesten zu fordern, daß die für die Dienstorganisation der Zentralnotenbank verantwortlichen Stellen nun neu besetzt werden. In einer früheren Kundgebung hatte die Interessengemeinschaft der Reichsbankbeamten darauf hingewiesen, daß man in der Lage sei, aus den Reihen der Beamtenschaft selbst geeignete Leute für beratende verantwortliche Posten heranzuziehen. Nachdem die Verhältnisse soweit gebessert sind, daß die Reichsbankleitung bei ihrer eigenen Beamtenschaft auf wachsende Kritik stößt, wäre es wohl angezeigt, daß das Reichsbankdirektorium auch von sich aus dieser Lage die Konsequenz zieht, eine Reorganisation des Dienstbetriebes vorzunehmen.

Ämtliche Devisenkurse.

	16. Oktober		15. Oktober	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs
1 holländ. Gulden	1598000000	1604000000	1476300000	1483700000
1 argent. Pap.-Peso	1296750000	1308350000	1197000000	1208000000
1 belgischer Franc	213493500	214503500	195510000	196490000
1 norweg. Krone	628425000	631575000	588525000	591475000
1 dänische Krone	715200000	721800000	664335000	667665000
1 schwedische Krone	1073310000	1078690000	991515000	996485000
1 finnische Mark	106727500	109272500	100747500	101262500
1 japanischer Yen	1998000000	2005000000	1870812500	1879687500
1 italienische Lira	184537500	185462500	171570000	172490000
1 Pfund Sterling	1845875000	1846250000	1695750000	1701250000
1 Dollar	4087750000	4210250000	3750600000	3761400000
1 austral. Pfund	280850000	280650000	284425000	271575500
1 brasilian. Milreis	870000000	880150000	854112500	855880750
1 Schweizer Franc	730170000	738890700	674810000	677690000
1 spanische Pesta	553812500	556817500	508725000	511275000
1 österr. Kr. (gr.)	57047	57049	52688	526820
1 holländische Krone	124637500	125812500	111720000	112280000
1 ungarische Krone	219450	220550	19650	200500
1 bulgarische Leva	39000000	40100000	38907500	37092500
1 jugoslaw. Dinar	48878750	48821850	44380750	44611250

Gewerkschaftsbewegung

Mehr Licht!

Es wird etwas dunkel in der deutschen Republik! Die Tage werden kürzer, die Dunkelmänner werden dreifach. Schon jetzt, wo das Kubikmeter Gas nur 100 Millionen kostet, bringen die Bewohner der Mietkasernen darauf, mit Eintritt der Tageswende die Hausläden abzuschließen, um die Kosten für die Treppenbeleuchtung zu vermeiden. Sie sitzen auch in ihrem „trauten Heim“ im Dunkeln oder bei der Petroleumlampe und gehen wieder öfter ins Kino, um Licht und Heizung zu sparen. Die einen haben nichts mehr zu lesen und sparen das Licht dazu, die anderen können nichts mehr lesen, weil sie das Licht sparen müssen. Die Abendveranstaltungen werden spärlicher. Selbst wenn sie in der Nähe sind, die 100 Millionen Straßenbahngeld erspart werden und Ausgaben für Getränke nicht erforderlich sind, bleibt doch die Beisitzer für Licht und bald auch für Heizung zu tragen übrig. Wir geraten allmählich in Finsternis und nehmen das Dunkel als Normalzustand hin. Das ist unerträglich!

Auf dem deutschen Proletariat lastet der fürchterliche Druck des Kulturrückganges während der Kriegs- und Nachkriegszeit am allererschwersten. Der Ab des Berliner Friedensdiktats verstärkte diesen Druck und ebendrei wird jetzt die volle Last des „Wiederaufbaus der Wirtschaft“ auf seinen Rücken abgewälzt. Wir spüren zwar den Druck auch im Dunkeln, doch brauchen wir mehr Licht, um ihn deutlicher zu erkennen.

Zunehmende Arbeitslosigkeit des einen Teils, Verlängerung der Arbeitszeit für den anderen Teil. Unterstützung als Existenzminimum der einen, Papiermarklöhne bei „Gold“-Preisen als Existenzminimum der anderen. Arbeitslose und Arbeitende hungern bei vollen Scheunen. Noch wenige Tage oder Wochen und sie müssen obendrein frieren.

Nie war einmütiges Zusammengehen notwendiger, nie die Unmöglichkeit in den eigenen Reihen größer. Nie die Erkenntnis dringlicher und die Mittel dazu geringer. Es wird nicht nur in den Straßen der Proletariatsviertel dunkler, in den Aufgängen der Mietkasernen und in unseren Wohnungen. Auch in den Köpfen wird es allmählich dunkler, wenn das Licht immer mehr heruntergeschraubt werden muß, das durch unsere Flugblätter, unsere Partei- und Gewerkschaftspressen, unsere Broschüren und Bücher in die Wohnungen und in die Köpfe der Arbeitnehmerschaft hineingebracht wurde.

Mit der Zahl der Zeitungslieferanten ist auch die Leserschaft unserer Parteipresse zurückgegangen. Die Wochenblätter der Partei, von der „Neuen Zeit“ bis zum „Wahren Jakob“, sind eingegangen. Die Gewerkschaftsblätter, die mit den Verbandsbeiträgen bezahlt und so ohne besondere Zahlung geliefert wurden, haben ihren Umfang vermindert, ihren Erscheinungszeitraum verlängert, ihren Versand eingestellt und ihn der Post überlassen. Gütliche sind bereits verschwunden, andere werden ihnen noch folgen. Die Gewerkschaftsblätter können nur noch die Vollbeschäftigten zahlen. Bis die Beiträge einfließen und an die Hauptstellen abgeführt sind, sind sie fast wertlos geworden. Der Verwaltungsapparat der Gewerkschaften wird immer mehr eingeschränkt, und schon mancher der „Bonzen“ beneidet die Erwerbslosen um ihr Einkommen. — Trübe und dunkel, wohin wir blicken!

Das Schlimmste aber ist, daß wir uns mehr und mehr an das Dunkel gewöhnen. Das Licht wird für das Unternehmertum erspart, uns bleibt der Schaden der Finsternis. Wollen wir nicht vollends in Dunkelheit versinken, müssen wir uns wehren. Nicht tiefer hinein ins Dunkel, sondern heraus aus dem Dunkel!

Wir dürfen nicht stumm und untätig zusehen, wie uns unsere Partei- und Gewerkschaftspressen entzogen wird, nicht selber dabei mithelfen; wir dürfen nicht zulassen, daß all die mühsam errungenen, begabten und gepflanzten Ansätze unserer proletarischen Kultur erbarmungslos zerstampft werden, daß uns die Finsternis in allen Dingen übermächtig. Mehr Licht!

Obermeister Paeth droht mit Aussperrung.

Aus den Kreisen der Holzarbeiter wird uns geschrieben: „Die Arbeiter aller Industrien sind gegenwärtig in schwerer Not, da so die Lohnbildung mit der Geldentwertung nicht gleichen Schritt gehalten hat. Ganz besonders schlimm sind aber die Lohnverhältnisse in der Holzindustrie. Schon seit Wochen ist die Schaffung der wöchentlichen Lohnabkommen nur mit Hilfe der verschiedenen Schlichtungsstellen und mit Verbindlichkeitsserklärungen möglich gewesen, was verspätete Auszahlung der Löhne und damit Baluttogeschäfte für die Unternehmer bedeutete. Die Riphaotung der Schlichtungsstellen durch Herrn Paeth geht so weit, daß er einen Schlichtungsanspruch des Reichsarbeitsministeriums ablehnte mit der Begründung, in der Lohnverhältnisse habe sich irgendeine außerordentliche Instanz nicht einzumischen. Dann wieder wollte er die Löhne, die der Spruch vorschlag, zwar zahlen, jedoch bedeute dies noch keine Anerkennung, also kein Tarifrecht.“

Für die vorige Woche wurde nun vor dem Reichsarbeitsministerium eine Vereinbarung mit rund 70 Millionen pro Stunde getroffen, von der sich schon in den nächsten Stunden zeigte, daß sie unmöglich genüge. Die Belegschaften der Tischlereien Müller,

Spender Straße, und Petri, Waldemarstraße, gerieten deshalb in Differenzen, die bei Müller mit der Entlassung der Beschäftigten endete. Dieser Umstand sowie die vom Holzarbeiterverband erhobene Forderung einer Ratzzahlung für die Vorwoche, waren für Herrn Paeth Veranlassung, in aller Feuerseligkeit die Kriegerlotterie auszugeben.

In ultimativer Form fordert er die Rücknahme dieser Forderung und die Beilegung der Differenzen bei Müller. Falls beides nicht binnen 24 Stunden geschieht, soll die allgemeine Aussperrung erfolgen und jede neue Lohnverhandlung verweigert werden. Wie sich doch im Kopfe dieses Junksdiktators die Welt darstellt! Bei einem Wochenverdienst, der nicht ganz ausreicht, um auch nur sechs Brote zu kaufen, fordert er unbedingtes Ausgehen. Werden die maßgebenden Behörden diesen Zustand länger dulden? Den Holzarbeitern rufen wir zu: Steht fest zu eurer Organisation!

Die Angelegenheit ist dem Reichsarbeitsministerium unterbreitet und um Vermittlung bei der Neubildung der Löhne nachgesehen worden.

Abkommen für die Angestellten der chemischen Industrie.

Am 15. Oktober wurde bekannt, daß der GdA, das Angebot des Arbeitgeberverbandes für die Zeit vom 8. bis 13. Oktober für Septembergehälter als endgültige Zahlung angenommen hatte. Der Arbeitgeberverband hat daraufhin seine Mitgliedsfirmen angewiesen, den Mitgliedern des GdA Zahlungen in der vollen Höhe zu leisten, dagegen den Mitgliedern des GdA, und des AFA-Bundes die Beträge erst nach Unterzeichnung eines Reverses auszuhändigen. Die Verhandlungen, sowie der Abschluß des Gehaltsabkommens sind unter so eigenartigen Umständen erfolgt, daß es notwendig ist, noch näher darauf einzugehen.

Der GdA hat sich dadurch leider bestimmen lassen, das Abkommen gleichfalls anzunehmen, weshalb dem AFA-Bund, trotz dem entgegenstehenden Beschluß seiner Funktionärerversammlung, auch nichts anderes übrig blieb. Die Angestellten der chemischen Industrie, ganz gleich, welcher Organisation sie angehören, haben also jetzt das fünfstufige Septembergehalt zu verlangen, ohne Unterzeichnung eines besonderen Reverses. So ein solcher zur Unterschreitung vorgelegt wird, ist das abzulehnen, da es den mit dem Arbeitgeberverband getroffenen Abmachungen widerspricht. Zu heute abend 7 1/2 Uhr hat der GdA im Deutschen Hof, Ludauer Straße, eine öffentliche Versammlung anberaumt, um zu dem Verhalten des GdA Stellung zu nehmen. Auch Vertreter des AFA-Bundes werden anwesend sein, um ihren Standpunkt darzulegen. Von den Mitgliedern der AFA-Organisation wird erwartet, daß sie diese Versammlung vollständig besuchen.

Der Arbeitgeberverband hat Verhandlungen zur Regelung der Gehälter für die dritte Oktoberwoche am Donnerstag vormittag 10 Uhr angelegt. Die Verhandlung über den Schiedspruch vor dem Demobilisationskommissar erübrigt sich daher.

Angestelltenrat in der Berliner Metallindustrie.

Zwischen dem VBRZ und den AFA-Gewerkschaften ist folgende Vereinbarung getroffen worden: Am Freitag, den 19., spätestens Sonnabend, den 20. Oktober, erhalten — soweit dies technisch möglich ist und die notwendigen Zahlungsmittel vorhanden sind — die Tarifangestellten eine weitere Vorkaufzahlung in Höhe von 10 Septemberbruttoeinkommen, aufgerundet auf volle 100 Mill. M. Angestellte, die mit verkürzter Arbeitszeit und entsprechend gekürztem Gehalt arbeiten, erhalten entsprechend gekürzten Vorkauf.

AFA-Metallkartell. Günther. Kaiser. Roth.

Generalversammlung der graphischen Arbeiter.

In einer gestern abend im Gewerkschaftshaus abgehaltenen, von Delegierten der Buchdrucker und graphischen Hilfsarbeiter zahlreich besuchten Generalversammlung wurde von Ebel zunächst ein Vortrag über „Die Notlage der Sozialversicherung und unserer Krankenkasse“ gehalten. Der Redner führte aus, daß die kolossale Geldentwertung die Mittel dieser Institute fast restlos beseitigt hat und daß fast von allen Seiten staatliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte, um die Aufrechterhaltung der Einrichtungen überhaupt zu ermöglichen. Leider habe man sich schon Einschränkungen sehr zum Schaden der Allgemeinheit auferlegen müssen. Als Hauptursachen der Katastrophe, in welcher sich die Arbeiter sowohl wie Angestelltenversicherung befinden, bezeichnete Ebel die zu spät einsetzende Erhöhung der Grundlöhne und das verspätete Eingehen der Beiträge. Die größten Summen müßten heute für Apotheker und Ärzte aufgebracht werden. Wenn die Buchdruckerkrankenkasse sogar bei höheren Leistungen bisher verhältnismäßig gut floriert, so verdanke sie dies ihrem übersichtlichen Aufbau und den hier rechtzeitig eingehenden Beiträgen.

Aus der an gen Vortrag anschließenden Diskussion sprach das Verlangen zur Erhaltung aller sozialen Institute.

Ueber die letzten Lohnverhandlungen berichtete der Bauvorsitzende der Buchdrucker, Braun. Er wies auf die außerordentlich großen Schwierigkeiten der auch am gestrigen Tage noch fortgesetzten Lohnverhandlungen hin. Trotz aller Bemühungen sei es nicht möglich gewesen, die Prinzipale angesichts der weiteren Vertourung aller Lebensbedürfnisse dazu zu bewegen, über die bereits bekannten zentralen Lohnvereinbarungen hinauszugehen. Man habe den Unternehmern schließlich nur noch das Zugeständnis der erhöhten Vorkaufzahlungen abringen können. Aufgabe der Kollegen in allen Betrieben sei es nunmehr, in dieser Hinsicht sofort vorstellig zu werden.

In der Aussprache brach sich der Unwille aller Kollegen über dieses farge Ergebnis Bahn. Nur im Interesse der Einheit der gesamten Arbeiterbewegung will man im Augenblick von einem geordneten Kampf Abstand nehmen. Ein Antrag,

welcher die Ablehnung des Abkommens und sofortige neue Verhandlungen fordert, über die am Donnerstag zu berathen wäre, wurde daher nur mit zwei Stimmen Mehrheit angenommen. Bei diesem Abstimmungsergebnis glaubten die Ortsvorstände, nicht sofort in erneute Verhandlungen eintreten zu können. Annahme fand ebenfalls ein Antrag der Arbeitslosen auf Einführung eines Vier-Schichten-Systems von je sechs Stunden, besonders im Gedruck.

Zum Wiederaufbau der Wirtschaft.

Gesellenrath, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der gesamten Belegschaft der Rombacher Hütte in Weimar bei Bochum wurde am Dienstag getündigt. Die Entlassung soll bereits am Mittwoch erfolgen. Vorstellungen des Betriebsrates und des Direktors des Werkes beim Regierungspräsidenten Genossen König waren erfolglos, da die Betriebsleitung erklärte, sich um alle Einwendungen, woher sie auch kommen mögen, nicht kümmern zu können. In Betracht kommen etwa 3000 bis 4000 Arbeiter und Angestellte. — Größere Entlassungen finden auch in anderen Montanbetrieben und auf einigen Zechen statt. So entließ die Zeche „Berlorenen Sohn“ von einer Gesamtbelegschaft von 900 Mann mehr als 100 Arbeiter. Zugleich wurde mitgeteilt, daß wenn eine wesentliche Erhöhung der Leistungen pro Arbeiter und Schicht nicht erreicht würde, eine völlige Stilllegung erfolge. Ähnliche Erklärungen haben eine Reihe anderer Betriebsleitungen abgegeben.

Die gesamte Belegschaft des Oppauer Werkes getündigt. Da das Eiswerk Oppau der Badischen Anilin- und Sodafabrik seit seiner Befreiung durch die Franzosen stilllag, mußte wegen Einstellung der Rührhilfe der gesamten Belegschaft getündigt werden.

Der Streit in Polnisch-Oberschlesien beendet.

Der Streit in Polnisch-Oberschlesien kann als beendet bezeichnet werden. Er hat mit einer vollen Niederlage der Streikenden geendet, die die Arbeit im Laufe des gestrigen Tages zu den Bedingungen wieder aufgenommen haben, die ihnen von Anfang an gestellt worden waren. Nur vereinigt wird noch gestreikt. Auch der Eisenbahnerstreik ist heute einigermaßen wieder in Gang gekommen.

Die Firma Alfred Brandt, Berlin, Alexandrinenstraße 105/6, zahlte ihrem verheirateten Handbillschreiber am 13. Oktober einen Wochenlohn von 850 Millionen Mark. Mit dieser Summe kann der Betreffende sich noch nicht ein einziges Brot kaufen. Die noble Firma weigert sich auch, den betreffenden Arbeiter zu entlassen, damit derselbe wenigstens Erwerbslosenunterstützung beziehen könnte.

Es ist hier die Frage aufzuwerfen, ob solche Unternehmer nicht wegen Verstoßes gegen die guten Sitten strafrechtlich zu belangen sind. Unternehmer, die ihre Arbeiter hungernd zurücklassen, gehörten ins Zuchthaus. Vorher aber müßten sie selber einige Wochen lang mit 850 Papiermarken ihren Lebensunterhalt fristen.

Für die im Sattler-, Tapezierer- und Portefeulververband organisierten Liniolenleger beträgt der Stundenlohn für die Woche vom 14. bis 20. Oktober 320 Millionen. Stoperinnen erhalten 280, Näherinnen 240 Millionen.

Gegen den Anschlag an Moskau. Der Landesvorstand der kommunistischen Partei Norwegens beschloß mit 15 gegen 13 Stimmen, den norwegischen Gewerkschaften zu empfehlen, sich vorläufig nicht der Roten Gewerkschaftsinternationale anzuschließen. Dieser überraschende Beschluß einer kommunistischen Partei entspringt zweifellos der profetischen Ermüdung, daß mit dem Anschlag an Moskau nichts gewonnen, aber die Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung verloren ist.

In den Verhältnissen des Verbandes Berliner Kunstgewerbetriebe gelten für die Zeit vom 1. bis 14. Oktober folgende Löhne: Facharbeiter 160 Millionen, Lehrlinge über 21 Jahre 140, von 15 bis 21 Jahren 105 und Frauen über 15 Jahre 105 Millionen. Junghilfen erhalten 80 Millionen Mark: männlich: 14 bis 15 Jahre 24, 15 bis 16 Jahre 26, 16 bis 17 Jahre 24, 17 bis 18 Jahre 26; weiblich: 14 bis 15 Jahre 24, 15 bis 16 Jahre 22, 16 bis 17 Jahre 20, 17 bis 18 Jahre 22.

Angestellte im Kohlenhandel. Der Arbeitgeberverband hat seine Mitgliedsfirmen angewiesen, weitere 2 1/2 Septembergehälter als Vorkaufzahlung für Oktober zu gewähren.

Chemische Industrie. AFA-Funktionäre. Versammlung Donnerstag abend 6 Uhr im GdA, Belle-Alliance-Str. 7-10. Berichterstattung über die Tarifverhandlungen für die dritte Oktoberwoche.

Deutscher Holzarbeiterverband. Einleger: Die Branchenversammlung findet Donnerstag nachmittag 5 Uhr im Arbeitslosenklub, Rungelstr. 30, statt. — Sahlstraße 43, Flugstr. 3, bei Wald, wird hiermit aufgehoben. — Silberstr. 10 und Goldstr. 10: Die Funktionärerversammlung findet am Donnerstag abend 7 Uhr bei Koch, Adalbertstr. 2, statt.

Sattler-, Tapezierer und Portefeulver. Donnerstag abend 7 Uhr in den Oranien-Gärten, Oranienstr. 180, wichtige Versammlung aller GdA- und Kolliegen. — Der Fraktionsvorsitzende.

Wahltag. Zimmerer! Freitag, den 15. Oktober, abends 7 Uhr, bei Festschule, Melchiorstr. 15, Bezirksführerkonferenz. Am Sonnabend, den 20., sind in allen Bezirken Bezirksführerversammlungen abzuhalten. Die Funktionäre und Betriebsräte haben die Pflicht, zu diesen Versammlungen alle Kameraden einzuladen, da ganz wichtige Organisationsangelegenheiten zur Beratung stehen. — Der Vorstand.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Arns Sauerwald; Gewerkschaftsbewegung: J. Ebelner; Feuilleton: Dr. John Schillings; Politik und Sonstiges: Erik Rarabid; Anzeigen: Th. Gredt; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 1. Dienstag 1. Seite.

Poradz's Kinder- und Krankenkassen
für den täglichen ärztlich empfohlen

Theater, Lichtspiele usw.

Theater L. G. Königsplatzstr. 8 Uhr
Schweiger
Kombihaus
Mein Vetter Eduard
Berliner Th.
Sod. 7 U. Premiere: **DOLLY**
Vaudeville-Operett. v. Arnold u. Bach, Gesangstexte von Rud. Bernauer Musik von Hugo Hirsch
Werner, Gleichner, Werner, Veppermann, Junkermann, Scholz

Volksbühne 7 1/2 U. für die ganze Nacht

Lessing-Th.
Heute bis Freitag 7 1/2 U. Wie es auch gefällig! Sonntag 7. Z. 1. Male Sausch

Deut. Künstler-Th.
Abend 7 1/2 U. Der Fürst v. Pappenheim

Casino-Theater
8 Uhr: Die neue Revue 27. Okt. z. 1. Male: Der Chanson ohne Frau

WINTERSPARTEN
Variete-Programm
Rauchen gestattet!

Th. A. Kottb. Tor 8 Uhr: Singspiel 7 1/2 U. am Samstag nachmittag 3 Uhr: **ELITE-SÄNGER** U. A. Der Haus-schlüssel

Club-Casino
Café Zielka
Friedrichstr. 90 Ecke Leipziger Str. Variete-Kabarett
4 1/2 u. 8: Schenswertes Programm
Nachmittags 11 Uhr: **freil!**

Komische Oper
7 1/2 U. Direktion: **James Klein** 7 1/2 U.
Die größte Revue d. Kontinente

Die Welt ohne Schleier
Ueberricht an Ausstattung alle Bühnen Europas.

Eise Berna, Bruno Kastner
Rosa Felsegg, Arnold Rieck
Madge Lessing, P. Westermeyer
Ueber 100 Mitwirk. 6 Ballette!
Vorverkauf in beiden Theatern ab 10 Uhr vorm. ununterbrochen

Apollo-Theater
Nach vollständiger Renovierung des Apollo-Theaters: Die große Revue:

Europa spricht davon
32 große Ausstattungsbilder.
Senta Söneland, Richard Sentus
Hugo Flink, Lotte Doblischlowsky
Ferenzy usw.

Urskranken- u. d. Murrpewerbe zu M.
Die Berechnung zu Grund des Jahres vom 27. September 1928 zeit am 20. Oktober 1928 für unsere Rasse in Kraft. Von diesem Tage an gilt als Grundlohn der wöchentliche Arbeitslohn der Arbeiter. Die Beiträge, die 7 1/2, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Abgabe nur je 1 Stück! Nur soweit Vorrat!

In 3 Serien!

1. Wahl 2. Wahl 3. Wahl

Herren- u. Damen-Gummimäntel	22	16 1/2	12	Milliarden
1a Flauschmäntel	36	28	14	"
1a Eskimomäntel	95	79	62	"
Strickjacken und Westen	19	15	8	"

Modelle in eleganten Pelzmänteln, Seal Electric, Slinks-Jacken, Biberette, Kanin, Sealpüsch und Velour du Nord-Mäntel, Mohär-Astrachanmäntel, Mantelkleider, Kostüme, Röcke, **soweit Vorrat noch spottbillig.**

Größte Eile geboten, da die Einzelmodelle schnell vergriffen.

Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstr. 37a 2. Geschäft: Berlin N 0, Gr. Frankfurter Str. 115

Not, die zum Himmel schreit!

Die Hungerkrawalle vor dem Rathaus.

Zu den gestrigen Tumulten vor dem Berliner Rathaus erfahren wir nach folgende Einzelheiten: Die Demonstranten, die in der zwölften Mittagsstunde durch die Schutzpolizei vom Rathaus abgedrängt wurden, nahmen in den einzelnen Seitenstraßen Aufstellung. Darauf sperrte die Schutzpolizei die Zugänge der Straßen ab, um so ein abermaliges Zusammenströmen der Menge zu verhindern. Im übrigen wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Auch mehrere Frauen mußten den Weg zur Wache antreten. Konnten wir im Abendblatt von einer anerkanntswerten Zurückhaltung der Polizei berichten, so gegenwärtig mitteilten. Harmlose Passanten wurden verhaftet, und zwar in einer Art und Weise, die man nicht gutheißen kann. In den Nachmittagstunden sprachen in der Bischofstraße Vertreter der Erwerbslosen und der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion zu der Menge und teilten das Ergebnis der mit dem Magistrat gepflogenen Verhandlungen mit. Der Vertreter der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion forderte die Menge auf, den Platz hier zu räumen, um überflüssiges Blutergießen zu vermeiden. Erst allmählich kamen die Demonstranten dieser Aufforderung nach. — Ein Trupp, der vom Norden Berlins kommend, nach dem Rathaus ziehen wollte, machte Miene, in der Nähe der Börse verschiedene dort haltender Automobile sich zu bemächtigen, um sie, wie sie sich äußerten, ins Wasser zu werfen. Die Bereitschaft des 9. Polizeireviers schritt ein. Es mußte auch hier von der Waffe Gebrauch gemacht werden, um die Demonstranten auseinanderzutreiben.

Wie wir weiter erfahren, erschienen gestern vormittag Vertreter von Erwerbslosen aus allen Bezirken Groß-Berlins im Rathaus und wurden vom Oberbürgermeister in Anwesenheit des Bürgermeisters, des Stadtkämmerers Dr. Harting und des Stadtrates empfangen. Die Führer der demonstrierenden Erwerbslosen stellten u. a. folgende Forderungen: Bewilligung einer sofortigen Hilfskassensumme von 10 Milliarden Mark pro Kopf, sofortige Lieferung von 2 Brotten, 5 Zentner Kohlen, 1 Raummeter Holz, zwei Pfund Fett usw., sofortige Öffnung von Speiseanstalten zwecks unentgeltlicher Verabreichung von Speisen an die Bedürftigen. Für Jugendliche wurden besondere Forderungen gestellt. Sofortige Unterbringung der Wohnungslosen.

Die Nachricht, daß bei den Demonstrationen Tote zu beklagen seien, trifft in keinem Fall zu. Es sind, soweit bisher festgestellt werden konnte, nur drei Verletzungen vorgekommen.

Der von der Polizei durch Brustschuß Schwerverletzte und nach dem Krankenhaus am Urban übergeführte ist der am 1. Oktober 1872 in Berlin geborene Maschinenbauer Max Krause aus Reutlingen, Münchener Str. 42, festgestellt worden.

Die Darstellung eines Beobachters.

Die gestrigen Ereignisse, bei denen es wieder zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Arbeitslosen gekommen ist, bestärken die vor kurzem gemachten Ausführungen des Genossen Dr. Hermann Schilling. Als erfahrener Polizeimann hat er die Psychologie der Masse und der Polizei mit scharfer Hand skizziert. Die Masse vor dem Rathaus hatte keine aggressiven Absichten. Von Hunger und Verzweiflung getrieben, verhielt sie sich im großen und ganzen nach Aussagen einwandfreier Augenzeugen korrekt und zurückhaltend. Einzelne Ausschreitungen, wie Demonstrieren von Fensterscheiben eines Straßenbahnwagens und geringfügige Belästigungen von Passanten, wurden von der großen Masse mißbilligt und die Aufrechterhaltung der Ordnung. Auch sonst sorgten die Ordner für Ordnung. Die Polizeimannschaften verhielten sich im großen und ganzen korrekt und zurückhaltend, wie die Masse. Sie sorgten für den unbehinderten Verkehr der Straßenbahn und für freien Zutritt zum Haupttor des Rathauses. Nun entsteht die Frage: wie kam es trotzdem zu den bedauerlichen Zusammenstößen am Rathaus selbst und auch an anderen Orten? War die Polizei genötigt, blank zu gehen und mit Bajonetten auf

die Masse loszugehen, weil sie arg bedrängt wurde, sie selbst oder fremdes Eigentum sich in Gefahr befand? Glaubte wirklich der Polizeioffizier, daß eine kurze dreifache Aufforderung an eine nach Tausenden zählende Menge genüge, um den Platz geräumt zu sehen? Hält er sich wirklich für berechtigt, als das nicht geschah, mit der Waffe gegen die Masse loszugehen? War es überhaupt den in den ersten Reihen stehenden möglich, lehrzumachen und die Wand der hinter ihnen stehenden Menschen zu durchbrechen? Hätte nicht vielmehr die Polizei durch geschicktes Abdrängen der Masse allmählich den Platz säubern müssen? Die Frage, die man sich allen Ernstes im Polizeipräsidium vorlegen muß, ist also die: Darf einer ruhigen Menschenmenge, die nicht ohne weiteres der Aufforderung, auseinanderzugehen, Folge leistet, mit der Waffe in der Hand entgegengetreten werden?

Für den Augenzeugen, der die Ereignisse vor dem Rathaus in dem Augenblick beobachtete, als der Platz schon im allgemeinen von den Massen gesäubert war und der als objektiver Beobachter seine Schlüsse aus dem Verhalten der Polizei und der Masse zu ziehen versucht, steht das eine fest: Trotz des ruhigen Verhaltens der Menge, die jetzt aus nicht mehr als einigen hundert Menschen bestand und in eine der Seitenstraßen zurückgedrängt war, ist das Kommando auf Schußbereitschaft gegeben worden. Die Bajonette wurden aufgezogen, die Gewehre bereitgehalten. Es sah die Menge in Erregung, da begann das Toben und Schreien, da lag die Gefahr des Zusammenstoßes vor. Die Kernkraft einiger weniger Polizeioffiziere und das scharfe, manchmal vielleicht sogar brutale Zupacken einiger Schupoleute stand dabei äußerst unorthodox und gemeingefährlich gegenüber der Ruhe anderer Polizeioffiziere und des taktvollen Benehmens des übergroßen Teils der Mannschaften ab. Vielleicht bestand auch bei dem erwähnten Kommando gar nicht die Absicht, zu schießen. Es entsteht dann aber die Frage, ob ein wiederholtes Kommando auf Schußbereitschaft unter Umständen nicht dazu führen könnte, daß es auf die Menge nicht mehr die erwünschte Wirkung ausübt und sie dieses Kommando gerade in dem Augenblick nicht ernst nimmt, wo sie dran glauben sollte.

Es wäre sehr nützlich, wenn das Polizeipräsidium einmal einen höheren Beamten mit der Aufgabe betrauen würde, als Beobachter bei ähnlichen Gelegenheiten dabei zu sein, um so diejenigen Offiziere festzustellen, die durch ihren aufgeregten Charakter ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind. In der heutigen gewitterstürmischen Zeit können nur diejenigen den schweren und verantwortungsvollen Beruf eines Polizeibeamten ausüben, die wohlwollend und verständnisvoll der hungerigen Masse gegenüberstehen und die kalte Mut und ruhigen Kopf zu bewahren verstehen. Das ober schien gestern auch dem Beobachter, der die schwierige Aufgabe der Polizei im gegebenen Augenblick zu würdigen weiß, in ihrem Verhalten gegenüber der schon seit Monaten hungernden und verzweifelt Menge nicht immer der Fall gewesen zu sein. Andererseits muß aber auch die Masse sich sagen, daß das Erscheinen der Polizei bei derartigen Menschenansammlungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Interesse der Masse selbst eine Selbstverständlichkeit ist. Immer sind unter solchen Massen nicht wenige verantwortungslose Menschen, die mit der Arbeiterklasse nichts gemein haben und die unter Umständen nichts dagegen hätten, die aufgelegte Menge zu Ausschreitungen zu provozieren, um bei dieser Gelegenheit ihre dunklen Geschäfte zu treiben. Es muß aber wiederholt werden, daß die große Menge derer, die gestern demonstrierten, die friedlichsten Absichten hatten.

Plünderungen von Bäckereien.

Während sich die bereits geschilderten Vorgänge am Rathaus abspielten, zogen, besonders durch die Straßen im Norden Berlins, größere und kleinere Trupps. Gegen 12 Uhr mittags drangen etwa 60 junge Burschen in den Bäckereiladen von Groß in der Koloniestraße ein. Um keinen Laden vor Sachbeschädigungen zu schützen, nahm der Bäckermeister die Verteilung der Brote an die Arbeitslosen selbst vor. Auch in der Schwebenstraße verhielten größere Trupps in verschiedene Geschäfte, besonders Bäckereien, einzudringen. Hier konnte die Schutzpolizei Plünderungen verhindern. Zwei Ver-

tonen, die der Auflösung der Menge Widerstand entgegensetzten, wurden dem 48. Polizeirevier zugeführt. Zu einem Zusammenstoß kam es in der Müllerstraße. Hier drangen etwa 600 Erwerbslose in die Filiale der Brotfabrik Müller in Haus Nr. 34 ein und nahmen etwa 60 Brote. Von der herbeigerufenen Polizei wurde einer der Demonstranten festgenommen.

Die Geschäftswelt, die durch die Ereignisse in Schrecken versetzt worden ist, hat Maßnahmen gegen etwaige Plünderungen getroffen. In der Nähe des Rathauses und in der inneren Stadt sind die Geschäfte geschlossen. In der Zentralmarkthalle herrschte gerade in der Zeit von 11 bis 12 Uhr großer Geschäftsbetrieb. Auf die Nachrichten hin, daß Demonstranten sich der Markthalle näherten, schlossen sämtliche Verkäufer ihre Stände. Der Käufer bemächtigte sich Panikstimmung. Zu Ausschreitungen kam es jedoch nicht. Gegen 11 Uhr wurde der ordnungsgemäße Geschäftsbetrieb wieder aufgenommen.

Der militärische Ausnahmezustand.

Das Wehrkreis-Kommando 3 teilt mit: In Berlin haben Straßendemonstrationen stattgefunden. Die Polizei war zum Eingreifen und zahlreichen Festnahmen gezwungen. Es wird daran erinnert, daß das Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel noch in Kraft ist und daß Zwangsmaßnahmen nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 9. 1923 unter schweren Strafen fallen. Jeder einzelne, der sich an derartigen Demonstrationen beteiligt, hat Gefängnisstrafe zu gewärtigen und begibt sich in Gefahr.

Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat folgenden Dringlichkeitsantrag eingereicht:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, bei den zuständigen Reichsbehörden auf baldigste Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes für Berlin hinzuwirken.“

Die Notmaßnahmen der Stadt.

Das Wohlfahrtsamt.

Die „Berliner Kohlenhilfe“ ergab bisher circa siebenhundert Millionen Mark. Aus dieser Sammlung werden zurzeit ausgeschüttet: an 32 000 laufend und einmalig aus öffentlichen (Armen) Mitteln unterstützten Personen unentgeltlich je ¼ Raummeter Holz. Weiter kommen in der ersten Novemberhälfte an 32 000 Empfänger von Sozial- und Kleinrentnerunterstützung unentgeltlich je ¼ Raummeter Holz oder ein Zentner Breitsens oder zwei Zentner Rohbraunkohle zur Verteilung, so daß bis zum 15. November 1923 rund 64 000 minderbemittelte Personen mit Heizmaterial bedacht sein werden. In welchem Umfange an andere minderbemittelte Kreise (z. B. Erwerbsloser) Brennstoffe unentgeltlich abgegeben werden können, bedingt der Ausfall der Sammlung. — Von der städtischen Volksspeisung wird zurzeit an rund 20 000 Personen Mittagessen abgegeben, davon an circa 10 000 Personen unentgeltlich oder zu ermäßigtem Preise. Bleibt eine Erweiterung des Kreises der Personen, denen unentgeltlich oder zu ermäßigtem Preise Essen abgegeben wird, vorgenommen werden kann, muß die eingeleitete Sammlung für die Volksspeisung ergeben. — Bisher sind für diese Sammlung rund 71 Millionen Mark eingelaufen. Trotzdem die vorhandenen Ausgabestellen zurzeit noch den Anforderungen entsprechen, sind die Bezirksämter bereits aufgefordert, Räumlichkeiten für die Einrichtung weiterer Ausgabestellen zu beschaffen. — Zur Behebung der durch Fortfall der Brotverbilligung geschaffenen schweren wirtschaftlichen Lage der Armenrentner hat der Magistrat die Bezirksämter aufgefordert, zu dem am 16. Oktober den Armenrentnern bereits gezahlten Unterhaltungen eine einmalige Unterstützung bis zu einer Million Mark zu zahlen. Diese Zahlung wird in der vierten Oktoberwoche erfolgen. Für Sozial- und Kleinrentner wird voraussichtlich am 22. Oktober ebenfalls eine Nachzahlung erfolgen. Im übrigen weist der Magistrat darauf hin, daß die den Kleinrentnern, Sozialrentnern und Erwerbslosen gezahlten Unterstützungen nach der jeweils festgestellten Reichsrichtzahl für die Lebenshaltungskosten berechnet werden, so daß den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen einigermaßen Rechnung getragen wird.

Wo bleibt die Volksspeisungsaktion?

Wo bleibt übrigens die mit so viel Geräusch angekündigte Volksspeisungsaktion der preussischen Behörden? Es ist seit einigen Tagen darüber verächtlich still geworden und man wird den Verdacht nicht los, daß der ganze schöne Plan an einen

Das Verbrechen der Elise Geitler.

19) Novelle von Hermann Kesser.

(Schluß.)

Sie trat in das Haus.

Unten war eine Schenke, aus der halbgeöffneten Tür kam ihr mit einem widerlichen sauren Geruch der abgeriffene Gefang und das brüllende Lachen einer zehenden Nachtgesellschaft entgegen, und es war ihr, wie wenn sie vom Läuten boshafter Narrenschellen empfangen würde. Beim trüben Licht einer qualmenden Lampe stieg sie zwei Treppen empor, sah abseits von einer Wohnung eine Türe und eine schmierige Karte darauf. Mit steifen Fingern brannnte sie ein Schwefelhölzchen an, las den verhassten Namen und klopfte hart und fest. Dreimal — zehnmal, wie wenn das Trommeln ihrer schmerzenden Fingerringel den Gesuchten herbeirufen müßte. Es blieb aber still in dem Zimmer, und nur das Zohlen und Singen in der Kneipe kam laut und höhnend zu ihr herauf.

Doch in der Wohnung im selben Stockwerk gingen nun Schritte; eine Frau, nicht alt und nicht jung, schob sich schimpfend über den späten Lärm, indes sie den lose hängenden Rock um die Hüfte zog, mit einer flackernden Kerze aus der Türe heraus, raunte etwas von einem Theatergesindel, vor dem man Tag und Nacht keine Ruhe habe, bemerkte die in Rasse und Raste schlotternde Alte und leuchtete über sie hin. Sie sei wohl die Mutter des Herrn Behrens, frug das fremde Weib und setzte auch schon ihrem Unwillen hinter eine kleine Teilnahme und Neugierde, weil sie wohl auf dem zukenden Gesicht etwas ersch, davon sie weich und mitteilbar wurde.

Und wemgleich die Alte die Frage verneinte und ihr nur den Brief in die Hand gab, so schüttelte das Weib doch, nachdem sie versprochen hatte, den Brief auf den Tisch in dem Zimmer des Schauspielers zu legen, eine Flut von Beschwäg über Elise hin. Sie schloß damit, daß der Nichtnutz in dieser Nacht wohl bald nach Hause kommen würde, und fügte flüsternd und mit der Bitte, sie nicht zu verraten, hinzu, daß er vielleicht gar am nächsten Tage die Stadt verlassen werde, in aller Heimlichkeit, damit es nicht austäme, weder im Theater, wo er doch gebunden sei, noch bei den Leuten in der Stadt, denen er manchen Later schude. Sie wisse es nicht von ihm, aber sie hätte beobachtet, daß er am Abend Kostüme und Kleider verpackt und fortgeschafft habe, und wäre auch beim Aufräumen seines Zimmers an ein frisch

geschriebenes Schriftstück geraten, worin sie gelesen habe, daß er in dem ersten Junitage in New York in Amerika eintreffen müsse.

So schnatterte die Frau. Ihre Worte fielen wie fliegende Felsstücke von einem Stein Schlag auf die Alte nieder.

Sie hätte noch mehr erzählt, aber Schritte auf der Treppe trieben sie wieder hinein.

Als Elise wieder im Freien war, lag der Schnee pelzig und weich auf der Straße, und sie ging wie auf einem Teppich dahin. Nicht weit vom Tore stolperte sie und brach zusammen. Aber sie erhobte sich wieder, war bald aufrecht und ging weiter, die Bergigensfelder Straße hinaus. Auf halbem Wege begann sie wieder zu laufen. Es schneite noch immer, und der Schnee in dem grünen Saub gab dem Land ein fremdes Aussehen.

Kurz vor dem Hause fiel sie nochmals in einer unbefiegbaren Mattigkeit in die Knie und lag wohl eine halbe Stunde auf der Erde, in Schnee und Raste gebettet. Und erst jetzt, da ihr Körper versagte, erwachte das Unbegreifliche in ihrer armen verächtlichen Seele in seiner furchtbarsten Macht, und sie mußte das Undurchdenkbare schauen: wie nun das letzte Licht ihres traurigen Lebens rucklos und straflos erlosch war, so daß es nimmermehr aufbrechen würde, wie ihr eigenes Schicksal ein Gleichnis und das Mädchen eine Schwester ihres Unglücks geworden war.

Und sie wollte verzweifeln und wollte sich strecken, um in der Stille der kalten Straße zu sterben.

Ein dumpfes Fallen und Krachen und ein Getöse wie von seufzenden ächzenden Stimmen schredte sie auf. Sie riß sich empor und sah, wie am Waldbrand ein schlanker Stamm unter der Schneelast der Blätterkrone zur Erde geborsten war.

Da kam es ihr plötzlich, daß sie noch etwas vollbringen müsse, etwas Gewalttames und Schreckliches, um ein einziges Mal im Leben Vergeltung zu üben und dem Schicksal entgegenzuschlagen.

So stand sie wieder auf.

Und als sie über den Sieg ging und das Bild im Zimmer des Mädchens gewahrte, wurde es ihr klar, was sie wollte. Ueber die verschneiten Blumenbeete weg schritt sie nach der Laube, zog eine Schublade auf und tastete in der Dunkelheit nach einem großen gebogenen Messer, demselben, mit dem sie am Tage zuvor die Rosenstöcke beschneiden hatte.

Dann ging sie auf die Mitte der brüchigen Brücke, hörte

unter sich die Wasser toben und rasen, schob den leichten Schnee von den Brettern, beugte sich über den Boden und machte sich lange zu schaffen. —

In ihrem Zimmer lag Gertrud beim Lampenschein in neuen und hitzigen Fieberchauern. Sie sprach nicht, sie konnte die Alte nicht mehr, aber in nasse Tücher gehüllt fiel sie bald aus den Fiebern in einen bewusstlosen Schlaf und atmete ruhig und stark.

Indessen stand die Alte am Fenster, sah in die Nacht hinaus und betete, daß er kommen möge.

Um Mitternacht fand der Schauspieler den Brief. Er hatte viel getrunken. Er dachte es sich schön, noch zu guter Letzt ein Liebesfest zu haben, das ihm kein Wetter und auch kein Hochmut des vornehmen Fräuleins verderben werde. Dann las er es nochmals, daß sie ihn zu jeder Minute des Tages und der Nacht erwarte, und war bald aus dem Haus und in der wunderlichen Maiwinternacht, in der er pfeifend dahintrabte. Als er schon vor der Brücke war, ging es ihm durch den Sinn, ob er das Abenteuer nicht weiterspinnen könnte. Aber er erinnerte sich des Bruders, der ihm gefährlich werden könnte, und beschloß, um der Affäre ein Ende zu machen, am kommenden Tag zu verreisen.

Er sah noch — es hatte zu schneien aufgehört — das helle Fenster am Zimmer des Mädchens und eine Gestalt dahinter, und sein letzter Gedanke war: Ich nehme die Leiter und steige zu ihr hinauf.

Dann wich der Boden zu seinen Füßen, und er griff mit den Händen ins Leere.

Als am nächsten Morgen die Sonne aufging, trieb sein schmutziger und zerschlagener Körper an ein Kanalgitter des großen Stromes.

Jedermann glaubte, daß er in einer Trunkenheit von einem verschneiten Wege abgekommen und ins Wasser gefallen sei, und so geschah es, daß die Begebenheit in der Stadt nicht viel von sich reden machte.

Das Geheimnis ihres Verbrechens hat Elise Geitler niemanden mehr anvertrauen können. Sie wurde — zwei Tage nach jener Nacht — vom Schlag gerührt. Ihr Herz stand still, noch ehe Otto von Sohr, von der schweren Krankheit der Schwester verständigt, zurückgekehrt war. An seiner Seite ist Gertrud nach vielen und langen Wochen für ein neues Leben genesen.

